

Deutschland.

Berlin, 21. Februar. Se. Maj. der König ist in Begleitung des Kronprinzen und des Prinzen Albrecht und mit dem Gefolge im besten Wohlsein per Extrazug von Dresden nach Berlin zurückgekehrt.

Berlin, 20. Februar. Die Absicht, die Souveräne der verbündeten Staaten zur feierlichen Eröffnung des Reichstages einzuladen, soll keineswegs aufgegeben sein, vielmehr die Reise des Königs nach Dresden mit der Einladung in engerem Zusammenhang stehen. Von Savigny soll auch während der Dauer der Reichstagssession mit der Führung der Verhandlungen mit den Regierungsbevollmächtigten beauftragt sein.

Bei der gestrigen königlichen Tafel, welcher die Kronprinzeßin, mehrere Prinzen und höhere deutsche und ausländische Offiziere beiwohnten, herrschte, wie versichert wird, die Ueberzeugung von der voraussichtlich friedlichen Entwicklung der europäischen Dinge vor, so wie von dem so gut wie gesicherten Insleben-treten des norddeutschen Bundes.

Berlin, 20. Februar. Das Staatsministerium trat heute Mittag 1 Uhr im auswärtigen Ministerium zu einer vertraulichen Besprechung zusammen.

Die „Flensb. Nordd. Ztg.“ ist in der Lage, in Folge besonderer Ermächtigung nachstehende herzliche Abschiedsworte des Hrn. Generals v. Mantuffel an die Bewohner von Schleswig-Holstein, welche den Schluß eines an einen dortigen Freund des Herrn Generals gerichteten Schreibens bilden, mitzutheilen:

„Das letzte Wort, das ich in Schleswig schreibe, ist an Sie gerichtet. Sein Inhalt ist Dank für Vieles, ist Ausdruck meines Schmerzes, von hier scheiden zu müssen. — Die vielen Beweise von Liebe und Theilnahme, die ich hier empfangen, thun mir wohl — sie haben auch ihre wesentliche Bedeutung für mich, denn noch hat Schleswig-Holstein einen guten Klang in Deutschland, und mein vierblättriges Kleeblatt von Bürgerbriefen der Städte Schleswig, Flensburg, Hadersleben und Husum ist ein gutes Schild gegen Frankfurter Gipsensberggeschichten; aber das liebste bleibt mir bei alledem doch der ehrenhafte Charakter der Schleswiger, der sich hier wieder bewährt. So lange ich die Nacht hatte, hat man mir keine Bücklinge gemacht, jetzt, wo ich sie nicht habe, zeigt man mir, daß man meinen treuen Willen anerkannt hat. — Leben Sie wohl. — Sie gehören einem gesunden und kräftigen Volksstamme an. — Schleswig, 8. Februar 1867.“

Am gestrigen Tage beging der Geheime Rath Leopold v. Ranke, Professor der Geschichte an hiesiger königl. Universität, sein 50jähriges Doktor-Jubiläum. Zahlreiche Glückwünsche, zum Theile von Deputationen dargebracht, wurden ihm von Rab und Herrn zu Theil. Nachmittags 3 Uhr vereinte ein gemeinschaftliches Festmahl gegen 110 Verehrer des Jubilars im englischen Hause.

Am nächsten Montag ist im Weißen Saale, der Bildergalerie u. des hiesigen Schlosses ein Diner, zu welchem, wie verlautet, etwa 400 Personen Einladungen erhalten. Unter den Gästen befinden sich die bevollmächtigten Minister, die Reichstags-Abgeordneten u.

In politischen Kreisen werden, wie die „Tr.“ berichtet, bereits verschiedene Vermuthungen darüber angestellt, wem wohl das Präsidium im Reichstage übertragen werden dürfe. Daß daselbe auf ein preussisches Mitglied fallen müsse, gilt fast allgemein als selbstverständlich. Wenn Hr. v. Forckenbeck in einer der noch stattfindenden Nachwahlen gewählt wird, so ist es ziemlich wahrscheinlich, daß fast alle Stimmen sich auf ihn vereinigen werden, da ja auch die preussischen Konservativen im Abgeordnetenhaus und ebenso die preussische Regierung ihre volle Befriedigung über seine Leitung der Geschäfte mehrfach ausgedrückt haben. Andere meinen jedoch, da Herr v. Forckenbeck zu weit nach links stehe mit seiner politischen Ansicht, so werden die Konservativen ihm ihre Stimme versagen, dagegen den Versuch machen, ob nicht für den Grafen Stollberg, den Präsidenten des Herrenhauses, eine Stimmenmehrheit auch für das Präsidium im Parlament zu erlangen sein möchte. Endlich hört man auch einen Ausweg andeuten, der vielleicht vom Ministerium bei einflussreichen Mitgliedern aller Parteien angeregt wird. Er geht dahin, dem Fürsten von Solms-Hohensolms-Lich den Vorschlag zu überbringen.

Der Abgeordnete Reichensperger hatte sich in der Sitzung vom 5. Februar c. in verunglimpfter Weise über die ostpreussische Justizpflege ausgesprochen. Er behauptete, die Urtheile in den in die dritte Instanz gelangten ostpreussischen Prozessen, welche ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied des rheinischen Senats des Ober-Tribunals zu Gesicht gekommen, hätten seine abschreckende Kritik hervorgerufen. Die Rechtsprechung im Gebiete des Justizsenats sei seit 20 bis 30 Jahren immer Gegenstand der Klage auch beim rheinischen Provinzial-Landtage gewesen, der Civilprozeß im Gebiete des Justizsenats sei eigentlich der alte kretzerische gewesen; derselbe sei schließlich in Vergessenheit gerathen, und man habe nicht mehr gewußt, was Rechtens sei. Endlich setzt Herr Reichensperger seiner Kritik die Krone auf durch die Behauptung: „Weil man nicht mehr gewußt, was eigentlich Rechtens sei, habe man eine kleine Schrift von Hertel als Anhaltspunkt benutzt; da diese aber unzureichend gewesen, sei bei jeder Gelegenheit auf die allgemeine Gerichtsordnung zurückgegangen worden.“ Diesen gehässigen Anschuldigungen tritt nun der rheinische Justizsenat mit einer Erklärung in der „Köln. Ztg.“ entgegen, welche folgendermaßen schließt:

„Wir fürchten nicht, daß dieser den gesammten Richtern eines Appellationsgerichtsbezirks entgegen geschleuderte Vorwurf der größten Ignoranz und Pflichtwidrigkeit bei irgend einem verständigen Menschen Glauben finden könnte. Die dürftige und längst veraltete Schrift von Hertel über die ostpreussische Gerichtsverfassung ist für die Judikatur

von keinem Werthe mehr. Die preussische Gerichtsordnung hat hier keine Gesetzeskraft und kann selbstverständlich bei der Abfassung hiesiger Urtheile keine andere Berücksichtigung finden, als ein außerpreussisches Gesetzbuch. Die Bestimmungen der Prozeß-Novelle vom 21. Juni 1849 sind theilweise altpreussischen Verordnungen entnommen; auf die letzteren ist zuweilen Behufs Interpretation einzelner Bestimmungen der Novelle zurückgegangen worden. Insofern bestand der Kern mehrerer Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Justizsenat und dem rheinischen Senat des Ober-Tribunals eben darin, daß der letztere die Bestimmungen der preussischen Prozeßgesetze in einem erheblich weiteren Umfang herangezogen wissen wollte, als der Justizsenat dies für zulässig erachtet. Man hat hier in judicando stets daran festgehalten, daß das bisherige gemeine und Partikular-Recht so lange die einzige Richtschnur für unsere Urtheile bilde, als es nicht durch ein neues preussisches Gesetz aufgehoben oder abgeändert worden.

Wenn Herr Reichensperger fürchtet, daß hiesige Zustände auch auf die annectirten Länder ausgedehnt werden möchten, so mag er sich beruhigen. Die hiesige Gesetzgebung mag noch manche Verbesserung; in pflichtgetreuer und gründlicher Rechtspflege steht unser Bezirk hinter keinem anderen, weder in den altpreussischen Provinzen, noch in den Rheinlanden, noch in den jüngst annectirten Ländern zurück.

Ehrenbreitstein, den 15. Februar 1867.

Direktor und Räte des königl. Justizsenats:
v. Schwarzkoppen. Hofman. Dopper. Gallenkamp.
Brüning. Freusberg.

Königsberg, 18. Februar. Der kommandirende General Vogel v. Falkenstein kehrt vor seinem Eintritt in's norddeutsche Parlament noch einmal hierher zurück. Am Mittwoch wird ihm zu Ehren ein großer Fackelzug veranstaltet werden. Der Hauptzweck der am Freitage angetretenen Reise des Generals nach Berlin ist der gewesen, um dem Könige persönlich seinen Dank für die ihm mit einem höchst schmeichelhaften Handschreiben des Königs über-sandte Dotation abzusatten. — Der Fackelzug wird im inneren Schloßhofe gebildet und um 8 Uhr von dort fort nach der Wohnung des Kommandirenden ziehen.

Hannover, 18. Februar. Unter dem Vorsitz des Geh. Raths Achenbach ist hier heute eine Kommission zusammengetreten, um über die Einführung der preussischen Vergesetzgebung zu beraten. Zu Mitgliedern derselben gehören preussische und hannoversche Bergbeamten, der Berghauptmann v. Einsingen, Bürgermeister Miquel und Dr. König. — Da bei den Geistlichen die Forderung des Huldigungseides auf mehrere Gewissens-Bedenken gestoßen ist, so hat das Landes-Konfistorium mit Vorwissen des Gouverneurs ein Aus-schreiben an alle hannoverschen evangelischen Geistlichen erlassen, in dem ausgeführt wird, jeder Geistliche könne mit gutem Gewissen den Eid leisten, weshalb es Pflicht eines Jeden sei, es zu thun; alle Mitglieder des Landes-Konfistoriums selbst, Theologen wie Juristen, würden ohne Ausnahme den neuen Huldigungseid aus-schwören, sobald sie dazu aufgefordert würden. — Die Anstellung der hannoverschen Offiziere, welche sich zum Uebertritt in die preussische Armee gemeldet haben, wird noch in diesem Monat erfolgen und sind die billigen Wünsche derselben, so weit es thunlich war, berücksichtigt worden. Die 40 bis 50 Offiziere, welche dem Die st in der sächsischen Armee den Vorzug geben, befinden sich in eigenthümlicher Lage. Sachsen will aus Rücksicht auf Preußen eine so große Zahl von Offizieren mit antipreussischen Gesinnungen nicht aufnehmen, wozu auch kommt, daß die preussische Regierung nicht so ohne Weiteres diejenigen jungen Offiziere, welche sich noch im militärisch-pflichtigen Alter befinden, ihrer staatsbürgerlichen Pflichten entheben will. Einstweilen sind allen früheren hannoverschen Offizieren die Kompetenzen für Januar und Februar ausgesetzt, nur die 90, welche gar keine Erklärung über ihre Absichten gegeben, haben die Wagen nur für Januar bezogen.

Aus Hohenzollern, im Februar. Die Burg „Hohenzollern“ steht leider noch immer verwaist. Wir entbehren nicht gern die muntern pommerschen Jüskiere, die früher meistens die Garnison von Rastatt aus hergaben. Soll denn die Stammburg der Hohenzollern nicht wieder eine Wache erhalten? Ich meine vom 1. Garde-Regiment bis zum 86. Infanterie-Regiment würde jede zu diesem Dienste bestimmte Kompanie denselben mit Stolz als einen besonderen Ehrendienst betrachten. Für Land und Stadt aber wäre es auch ein Gewinn, wenn des „Königs Rod“ häufiger unter uns gesehen würde. — Die Reichstagswahlen hatten unvornehmliche demokratische Agitation, die eine Zeitlang ruhte, wieder in Fluß gebracht. Die Wahl schwankte zwischen dem Staatsanwalt Evelt hier und dem Stadtgerichtsrath Dr. Eberty in Berlin (den hier Niemand kannte, den aber die Fortschrittspartei empfohlen hatte). Hr. Evelt ist gewählt.

Aus Stuttgart vom 18. Februar schreibt man: Je näher für uns die Zeit rückt, desto mehr beschäftigt sich die öffentliche Meinung damit, wie die hieraus erwachsende, bedeutenden Ausgaben besritten werden können. Diefelbe Frage tritt natürlich auch Norddeutschland entgegen und so hat von dorthier schon verlautet, es werde eine Biersteuer beabsichtigt. Vielfach würde dies in Süddeutschland bedauert werden, vornehmlich wegen der Baiern, welche eine Belastung jenes ihres Lebenselements leicht den Beitritt zum neuen deutschen Bund erschweren könnte. Demungeachtet ließe sich die Sache so gestalten, daß sie dem Publikum nicht bloß wenig fühlbar, sondern auch nutzbringend wäre. Die hohe Malzsteuer nämlich veranlaßt theils mannigfache Defraudationen, theils eine zu farge Anwendung dieses für ein gesundes und kräftiges Bier notwendigen Stoffes. Würde nun die Steuer auf Malz abgeschafft, dagegen eine etwas höhere auf das produzierte Bier gelegt, so fielen

die Verlockungen zu jenen schlimmen Verfälschungsweisen weg, und man erzielte um das, was letzteres Getränk theurer zu stehen köme, ohne Zweifel etwas Besseres. Damit wären sicherlich auch die Baiern einverstanden.

München, 18. Februar. Der König hat heute den neuen preussischen Gesandten, Freiherrn v. Wertbern in feierlicher Audienz empfangen und dessen Beglaubigungsschreiben entgegen genommen. In der Mittagssunde hatte Se. Majestät mit dem königlichen Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeußern, Fürsten v. Hohenlohe, gearbeitet. Bei dem Herrn Fürsten Staatsminister waren eine Anzahl Mitglieder beider Kammern zur Tafel geladen, und am 27. d. wird derselbe im Ministerium des Auswärtigen ein Ballfest veranstalten, zu welchem an die sämmtlichen hier anwesenden Mitglieder beider Kammern bereits ergangen sind.

Ausland.

Paris, 18. Februar. Man spricht in militärischen Kreisen viel von einem Rundschreiben, das an die Obersten der Infanterie-Regimenter gerichtet worden sei, um von ihnen die sofortige Einreichung eines Berichts über das Personal der Offiziere des Regiments zu verlangen. Man schließt daraus, daß es sich darum handelt, das vierte Depot-Bataillon wieder herzustellen und für die Kadres dieser Bataillone die Offiziere zu bezeichnen, welche für den Dienst in einem Feldzuge am wenigsten geeignet sind. Auch soll die Rede davon sein, im Hauptorte eines jeden Bezirkes Offizieren ihren bleibenden Aufenthalt anzuweisen, welche mit der Instruktion der Mannschaft der Reserve und der mobilen Nationalgarde beauftragt werden sollen.

Der nächste Ball in den Tuilerien wird ein kostümierter sein. Alles muß in der Tracht erscheinen, welche zur Zeit Heinrich's III. Mode war.

Der „Circle“ kündigte kürzlich an, daß die Ausstellungs-Kommission den Eintrittspreis zum Marefeld ermäßigen werde, um einer möglichst großen Zahl von Personen die Besichtigung zu erleichtern. Die Erkundigungen jedoch, die ich darüber eingezogen habe, bestätigen diese Nachricht nicht. Als die Kommission den Eintrittspreis für den Umkreis des Industriepalastes auf 1 Franc feststellte, hat sie nicht weniger die berechnigte Neugierde des Publikums in Betracht gezogen, als die Nothwendigkeit, die Baupläge dieser kolossalen Arbeiten nicht derart sich anfüllen zu lassen, um die Arbeiter zu hindern oder die Besucher unangenehmen Reibungen aussetzen. Da diese Erwägungen noch immer Platz greifen, so versteht es sich, daß der Eintrittspreis derselbe geblieben ist. Uebrigens sind jetzt alle zum Transport der auszustellenden Gegenstände gehörigen Arbeiten vollendet. Die Eisenbahn, die sich um den Palast herumzieht, ist in voller Thätigkeit und führt durch zwei Eingänge in die Gebäude. Zur Deffnung gewisser Gattungen von Rollen hat man ausdrücklich 50 Matrosen aus unseren Häfen kommen lassen. Es ist Alles bereit und man erwartet nur noch die Herren Aussteller und ihre Produkte. Bekanntlich ist der letzte Termin, wo die Gegenstände eintreffen müssen, auf den 10. März festgesetzt, und was nicht zur rechten Zeit kommt, ist von der Preisbewerbung ausgeschlossen. Die Arbeiter-Kommission ist schon lebhaft beschäftigt, Wohnungen herzurichten und ihren Klienten Bequemlichkeit und billige Subsistenzmittel zu verschaffen. Sie sichert Gastwirthen und Restauranten eine sehr ansehnliche Extra-Bergütung zu, so daß die Arbeiter während ihres Aufenthaltes in Paris zu ausnahmsweise wohlthellen Bedingungen werden leben können.

London, 18. Februar. Obgleich es noch früh im Jahre ist, entwickelt doch das Exekutiv-Comité der englischen Freiwilligen, die im vorigen Herbst Belgien besuchten, bereits große Müdigkeit in seinen Anstalten zum Empfang der in diesem Sommer von dort her erwarteten Gäste. So viel man bis jetzt hört, werden dieselben, 2000 an der Zahl, unter dem Kommando des Grafen von Zlandern herüberkommen und das Comité unter dem Vorsitze des Viscount Bury hat sich vor einigen Tagen über die Hauptpunkte des Programmes der bei dieser Gelegenheit zu veranstaltenden Festlichkeiten geeinigt. Da der Empfang zu einer nationalen Sache, in Erwiderung der nationalen Gastfreundschaft der Belgier, gemacht werden soll, so beabsichtigt der Ausschuss, einen Aufruf zu Besteuern in nächster Zeit zu erlassen. Die Liste des Programmes enthält bis jetzt, außer dem großen Preischießen, ein Bankett im Krystallpalast, ein Bankett in der City, organisierte Massenbesuche der Theater und anderen Sehenswürdigkeiten und Vergnügungsorte und einen großen Ball in der Agricultural-Halle. Eine General-versammlung der Freiwilligen wird über das Weitere im März in London zusammentreten und beraten.

Pommern.

Stettin, 21. Februar. Der Redakteur Otto Michaelis hat an den Vorsitzenden des national-liberalen Wahl-Comité's, Kaufmann Reimarus hieselbst, nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr! Der glückliche, für mich sehr ehrenvolle Ausgang der Wahl in Stettin verpflichtet mich zu tiefstem Dank sowohl gegen die Wähler, als auch gegen das Wahl-Comité der national-liberalen Partei, welches sich so erfolgreich um meine Wahl bemüht hat. Das Ergebnis ist um so werthvoller, als durch dasselbe die national-liberale Partei in einer so wichtigen Stadt, wie Stettin, eine feste Stütze gewonnen hat. Indem ich im Begriffe stehe das Mandat anzunehmen, fühle ich mich verpflichtet, zugleich meine Ansicht über das Verhalten auszusprechen, welches geboten sein würde, im Fall die im Wahl-Bezirk Ucker-münde-Ufedom-Vollin noch bevorstehende engere Wahl, die erst am künftigen Dienstag, also nach Ablauf der für die Stettiner Wahl mir zustehenden Erklärungsfrist stattfinden wird, zu meinen Gunsten ausfallen sollte. Einestheils würde in jenem so ausgedehnten

Wahlkreise die Verständigung der liberalen Partei über einen neuen Kandidaten und die Durchführung einer Nachwahl in gleicher Richtung mit ungleich größeren Schwierigkeiten verbunden sein, als in Stettin; andererseits würde es sehr mißlich sein, in einem der wenigen ländlichen Wahlkreise, welche der liberalen Partei erhalten sind, einen erneuten Wahlkampf zu veranlassen. Die Leichtigkeit, mit welcher man sich in großen Städten über eine Wahl zu verständigen vermag, giebt denselben in dem Wahlgeschäfte eine bevorzugte Stellung, indem sie im Fall der Doppelwahlen in der Regel berufen sind, zwei Männer ihres Vertrauens in die Volksvertretung zu entsenden. Diese, allerdings auch mit großen Pflichten verbundene bevorzugte Stellung glaube ich der Stadt Stettin nicht verkümmern zu dürfen. Ich weiß sehr wohl die besondere Ehre zu schätzen, Vertreter eines so wichtigen Handelsplatzes, wie Stettin, zu sein. Allein aus den angeführten Gründen würde ich mich dennoch in dem vorausgesetzten Falle im Interesse der liberalen Partei der Pflicht nicht entziehen zu können glauben, mein Mandat für Stettin niederzulegen und für den Wahlkreis Uckermünde-Useedom-Wollin anzunehmen. Jedenfalls würde ich nach wie vor eingedenk bleiben, daß ich auch in Stettin gewählt bin, und, so viel an mir liegt, mich bemühen, mit meinen dortigen Wählern, denen ich auch das Mandat für das Abgeordnetenhaus danke, in fortwährender Verbindung zu bleiben. In der Hoffnung in dieser Beziehung ein Einverständnis der verehrten Mitglieder des national-liberalen Wahl-Comité's voraussetzen zu können, bitte ich, daß Sie und Ihre Freunde, im Falle die Mühe eines erneuten Wahlkampfes nicht erspart werden könnte, mir auch ferner das bisherige Vertrauen erhalten mögen. Mit der aufrichtigsten Hochachtung Ihr ergebener Otto Michaelis. Berlin, 19. Februar 1867.

(Sitzung der polytechnischen Gesellschaft vom 15. Febr.) Herr Baumeister Schwarz hielt seinen angekündigten Vortrag über die Gründung der Pfeiler zur Parnitzbrücke.

Zu der neuen Verbindung des hiesigen Personen- mit dem im Bau begriffenen Centralgüterbahnhof sind sowohl die Oder als die Parnitz durch Brücken zu überschreiten. Bei der mittleren Wasserhöhe von 34 und 16 Fuß und einer Tiefe des festen Baugrundes von 34 Fuß unter Mittelwasser erschien es angemessen, die Fundierung der Strompfeiler mittelst pneumatischer Apparate auszuführen, ähnlich wie bei den Brücken von Rehl, Segebin, Rowno, Argenteuil und Königsberg. Jede Brücke erfordert drei Strompfeiler, nämlich einen Drehpfeiler für die mittlere Unterstüßung einer zweiarmigen eisernen Drehbrücke von je 40 Fuß freier Oeffnung, und zwei Auflagerpfeiler für die Endunterstüßung derselben und der anschließenden festen Brücken. Bei der Parnitzbrücke hat der Drehpfeiler oben 25, unten 26 Fuß Durchmesser, jeder Auflagerpfeiler wird durch zwei oberhalb durch ein verankertes Gewölbe verbundene Säulen von 18' unterem, 12' oberem Durchmesser gebildet. Alle 5 Cylinder sind aus Mauerwerk hergestellt und nur in dem über dem kleinsten Wasserstande liegenden Theile an der Außenfläche mit Basaltlava bekleidet und ebenso, zum Theil auch mit Granitplatten abgedeckt. Die zum Betriebe erforderlichen Dampfmaschinen, Schuppen und die sehr beschränkten Lagerplätze befanden sich auf der Silberwiese. Das Baugerüst, in welchem die Pfeiler aufgehängt werden sollen, wurde für alle drei gleichzeitig hergestellt, durch eine besondere, zum Schutz gegen Anfahren von Schiffen dienende Pfahlreihe umgeben und durch ein Laufgerüst mit der Silberwiese verbunden, wozu im Ganzen ca. 260 Pfähle von 12—14" Stärke und 40—50' Länge dienten. Dasselbe enthielt 2 Etagen, die untere, 4' über Mittelwasser hoch, diente hauptsächlich als Rüstung für die Maurerarbeiten, in der oberen 12 bis 13' hoch, waren die Senkungsrichtungen selbst angebracht, zugänglich theils durch eine Treppe von ersterem, theils durch eine geneigte Ebene von der Silberwiese aus. Darüber war außerdem ein 20' hohes Krabengerüst errichtet, auf welchem ein aus zwei armirten Balken von 40' Länge gebildetes Wagon als Unterstüßung für zwei Laufkräne von 100 Ctr. Tragkraft geschoben werden konnte. Von den Gerüstpfählen waren die stärksten und längsten, beim Drehpfeiler 20 Stück, die zugleich bis zum obersten Rüstbalken hinaufreichten, zunächst um die Pfeiler angeordnet, ungefähr im Umfange eines Kreises und im Abstände von 3 1/2 Fuß von den Pfeilern. Ein zweiter und zum Theil ein dritter Strang von Pfählen diente zunächst zur Verstärkung jener, dann auch zur Unterstüßung der beiden Rüstböden. Die Verstärkung war unter Wasser mittelst Tauchen angebracht. Die Senkungsrichtung bestand beim Drehpfeiler aus 16 Paar eisernen Ketten.

Am unteren Ende der Ketten hing der als Fundament des Pfeilers dienende eiserne Brunnenkranz. Er bestand aus einem ringförmigen, 3' breiten Blechringe von 26" äußerem Durchmesser, welcher mit einem vertikalen, 4 1/2' hohen, 26" weiten Blechcylinder durch Winkelleisen verbunden und gegen denselben durch 48 Stück mit Winkelleisen gegürtete Konsolen versteift war. Da der Pfeiler 22' in den Grund gesenkt wurde, erschien es gerechtfertigt, die Verbindung der Ketten mit dem Brunnenkranz lösbar einzurichten, um erstere womöglich aus dem Grunde wieder herauszuziehen. Es wurden demnach auch zu dieser Verbindung Bolzen von 3" Durchmesser verwendet, welche nach Beendigung der Senkung mittelst eines dazu konstruirten Schließels in das Innere des Brunnenkranzes gezogen werden konnten und damit die Ketten frei machten, die demnach mit der Spindel emporgezogen wurden. Der Brunnenkranz wurde auf dem Rüstboden, da, wo er später gesenkt werden sollte, zusammengefaßt und zu dem Zweck auch innerhalb der 20 Hauptpfähle mit einem provisorischen Bohlenbelag bedeckt. Sämmtliche Zug- und Niete mußten luftdicht gemacht werden. Nachdem derselbe dann in die Ketten gebängt und etwas angehoben war, wurde der Bodenbelag sammt Unterlagern soweit entfernt, daß dadurch eine Oeffnung von 27" Durchmesser frei wurde, und nun der Kranz um 4' gesenkt. Sofort wurde mit dem Aufmauern des Brunnens begonnen, und zwar zunächst in einer Wandstärke von 3', welche indes, unter Beibehaltung des äußeren Durchmessers von 26', allmählig so vermehrt wurde, daß bei einer Höhe von 12' über dem unteren Rande die lichte Weite sich bis auf 13' verringert hatte. In dieser Höhe war nun ein horizontaler Verschluss durch eine Blechplatte von 12" Durchmesser angebracht, welche 2 kreisförmige Oeffnungen von 30" Durchmesser in 6' mittlerer Entfernung hatte, über welche 2 Blechcylinder von 3' Weite aufgeschraubt wurden. Da aber die Blechdecke allein die Cylinder, die während der Ausführung allmählig verlängert und durch Luftschleusen belastet wurden, nicht zu tragen vermochte, so war über

derselben ein Netz von 12 und 18" hohen eisernen Trägern angeordnet, welche sich dicht an die Cylinder anlegten und nun die Last derselben aufzunehmen geeignet waren. Um die Decke mit allen diesen damit verschraubten und vereinten Theilen stets in derselben Entfernung von dem Brunnenkranz zu erhalten, dienten noch 10 Paar Winkelleisen, deren oberes Ende an die Blechdecke, das untere an die Konsolen des Brunnenkranzes geschraubt waren. Durch feste Untermauerung der Blechdecke und der darauf genieteten Blechbalken und durch Verschluss der beiden Blechcylinder ließ sich demnach ein nur von unten mit dem Wasser kommunizirender Raum herstellen. (Schluß folgt.)

Eines großen Mißbrauches des in sie gesetzten Vertrauens hat sich eine hiesige Wäscherin, die übrigens wegen Betruges und Urkundenfälschung bereits bestrafte unverschämte Sophie Giedea, durch großartige Unterschlagungen der ihr von verschiedenen hiesigen Herrschaften, denen sie sogar besonders empfohlen war, anvertrauten Wäsche schuldig gemacht. Sie hatte die Wäsche unmittelbar nach dem Empfange und noch in ungewaschenem Zustande theilweise versteckt, theilweise auch an eine Altbändlerin W. hieselbst verkauft und die dafür erhaltenen nicht unbedeutenden Geldbeträge — anscheinend keinesweges aus Noth, sondern nur um ein besseres Leben führen zu können — in ihrem Nutzen verwendet. Den umfassenden Bemühungen des Herrn Kriminal-Kommissarius Schulz ist es allerdings gelungen, die Beschädigten wieder zu ihrem Eigenthum zu verhelfen, selbstredend haben dieselben aber aus eigenen Mitteln die Wiedereinlösung der ihnen unterschlagenen Gegenstände bewirken müssen.

Bei Gelegenheit des am 15. d. M. hieselbst abgehaltenen Viehmarktes wurde von einem in der Holzstraße zeitweise ohne Aufsicht haltenden Wagen ein Plan im Werthe von 12 Thlr. gestohlen. Nachträglich ist der Dieb in der Person eines Arbeiters Steffen ermittelt, der den Plan einem anderen Arbeiter zum Verkauf übergeben haben, von diesem aber um seinen Antheil am Erlöse aus dem Verkauf betrogen sein will.

Der Regierungs-Assessor Jensch in Frankfurt a. O. ist an das hiesige königliche Ober-Präsidium versetzt worden.

Das Obertribunal hat kürzlich die Frage beantwortet, ob die Ehefrau eines abwesenden Mannes wegen Injurien selbstständig eine Klage anstellen kann? Eine Frau, welche seit Jahren von ihrem, dem Aufenthalt nach unbekanntem Ehemanne getrennt lebt, klagte nämlich im Civilprozeße wegen Beleidigung. In erster Instanz wurde auch der Verklagte zur Strafe verurtheilt, in zweiter Instanz Klägerin aber abgewiesen, indem das Gericht ausführte, daß die Ehefrau hier nicht selbstständig auftreten könne, dem abwesenden Ehemanne vielmehr ein besonderer Kurator zu bestellen gewesen sein würde. Auf die dagegen eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete das Obertribunal das zweite Erkenntniß und bejahte die obige Frage.

Bermischtes.

(Böhmische Grabchrift.) Auf einem Kirchhofe in Prag liest man auf einem Grabkreuze buchstäblich:

Hier ruht der Kutscher von Graf Kalowrat:

Ich hat getödtet Wagenrad;

Weil ihm solch' Unglück großes Traß!

Laß ihm Denkmahl setzen Graf.

(Eine Dmmbusliebe in Australien.) Im Monat Oktober fuhr ein hübsches, 23jähriges Mädchen mit dem Dmmbus nach Maldon Hares. Ein junger Minen-Arbeiter hatte einen Platz neben ihr. Beide waren sich völlig fremd; aber während der Reise unterhielten sie sich sehr angenehm und — sie verliebten sich in einander. Wenigstens waren sie kaum in Maldon angelangt, als sich eine sehr warme Konversation zwischen den beiden Leuten entspann und das Mädchen, anstatt in das elterliche Haus zu eilen, den Arm des jungen Mannes nahm. Beide gingen sofort in das Haus des Predigers, der, nachdem er sich vergewissert, daß er es mit Menschen zu thun habe, denen die gefunden fünf Sinne nicht fehlten, und die außerdem im heirathsfähigen Alter waren, sich sofort zur Trauung entschloß. Als er nach ihren Namen fragte, hörten die Brautleute ihre gegenseitigen Namen zum ersten Mal. Das Mädchen kaufte die Ringe und die Verheirathung ging vor sich. Drei Stunden vorher hatten sich die jungen Eheleute zum ersten Male gesehen.

Neueste Nachrichten.

Leipzig, 20. Februar, Nachmittags. In der heute stattgefundenen engeren Wahl zum Reichstage siegte Geheimerath von Wächter mit 5431 Stimmen über den Vierbürgermeister Stephan, welcher 4503 Stimmen erhielt.

Dresden, 20. Februar. Gestern Abend fand zu Ehren der hohen Gäste ein Galadiner statt; demselben folgte der Besuch des Hoftheaters und eines Hoffonzerts. Heute Morgen brachten zwei sächsische Militärmusikkorps dem Könige Wilhelm eine Morgenmusik. Der König beschäftigte im Laufe des Vormittags die hier garnisonirenden preussischen Truppen und besuchte hierauf die im Kadettenhause liegenden schwer verwundeten preussischen Mannschaften. Epäter wurde dem Könige Wilhelm in der Reusitzer Reiterkaserne das sächsische Lehrbataillon vorgestellt. Der König von Preußen, von seinem Sohne, dem Kronprinzen, und seinem Bruder, dem Prinzen Albrecht, begleitet, wurde daselbst von dem Könige Johann, dem Kronprinzen von Sachsen und dem Prinzen Georg empfangen. Heute Abend 7 Uhr werden die hohen Gäste von Dresden abreisen.

München, 20. Februar, Nachmittags. Die „Bayerische Zeitung“ meldet amtlich: Die Kommission württembergischer und bayerischer Offiziere zur Prüfung der Hinterladungswaffen hat ihre Beratungen vertagt, um dieselben nach Eintreffen von Munitionsvorräthen für das ins Auge gefaßte Einlager-Repetitionssystem wieder aufzunehmen. Die Kommission ließ den Vorzügen der Hinterladungswaffen, — keines Kaliber, vollkommene Präzision und Schnelligkeit des Feuers — volle Anerkennung widerfahren.

Im nichtamtlichen Theile dementirt dasselbe Organ die Mittheilungen der Frankfurter „Europe“ vom 18. d. über eine angebliche Depesche des Fürsten Hohenlohe an den Grafen Bismarck, betreffend die künftige Stellung der Standesherren.

Bern, 20. Februar, Abends. Der Bundesrath hat verfügt, daß die öffentliche Subskription auf die Anleihe von 6 Mil. Frs. vom 1. bis 15. März stattfinden solle.

Marseille, 20. Februar. Aus Athen sind folgende, vom 14. d. datirte Nachrichten eingetroffen: Der Dampfer „Panbellion“, welcher auf seiner ersten Fahrt von Kreta begriffen war, um Flüchtlinge von der Insel fortzubringen, wurde von einer türkischen Fregatte verfolgt und suchte im Hafen von Cerigo Zuflucht. Der Kommandeur der türkischen Fregatte drohte den „Panbellion“ in Grund zu bohren, falls er wagen würde, nach Syra zurückzukehren. Der König von Griechenland sandte die Brigg „Salaminia“ ab, um den „Panbellion“ zu eskortiren und eventuell Gewalt mit Gewalt zurückzuweisen. Die Gesandten in Athen wurden von diesem Vorfalle auf Befehl des Königs in Kenntniß gesetzt.

Florenz, 19. Februar, Abends. Wie die „Nazione“ versichert, wird durch königliches Dekret die Ausführung des Gesetzes, betreffend die Erhebung einer vierprozentigen Steuer auf das Einkommen vom Grundbesitz, bis zum 15. April verschoben werden. Das kommende Parlament wird entscheiden, ob diese Steuer beibehalten oder abgeschafft werden soll.

Der neue Finanzminister Depretis beabsichtigt gewisse Verbesserungen hinsichtlich der Besteuerung des beweglichen Vermögens einzuführen, durch welche die letztere für das Publikum fernerhin weniger lästig gemacht werden soll.

Ein Rundschreiben des Barons Nicotini an die Präfekten äußert sich folgendermaßen: Die letzte Kammer hat nicht bewiesen, daß sie alle nöthigen Elemente besaß, um ihre Aufgabe in einem parlamentarischen Staatseben zu erfüllen. Das Ministerium wurde durch die höchsten Staatsrücksichten geleitet und blieb jener ruhmvollen Ueberlieferung treu, durch welche die Proklamirung der italienischen Einheit mit dem Versprechen der Freiheit der Kirche als zusammengehörig hingestellt wird, als sie eine Vorlage machte, um die schwebende Frage zwischen der bürgerlichen und der religiösen Gesellschaft zu lösen. Der wahre Beweggrund der Parlamentarischen Auflösung war: eine nationale, feste, kompakte Majorität zu bilden, welche der Regierung Macht und Kraft verleibe. Italien ist der unfruchtbaren Diskussion müde. Die Schwäche der Regierung und der fortwährende Wechsel der Personen und Programme im Kabinet ist die Hauptursache der häufigen Störungen im Verwaltungsgange. Hiergegen kann nur ein neues Parlament Abhilfe schaffen. Gleichwohl glaubt das gegenwärtige Ministerium seine Ansichten vor dem Lande darlegen zu sollen. Hinsichtlich der Finanzverwaltung glaubt dasselbe eine Vermehrung der Einnahmen durch Ersparnisse und durch eine Reform des Steuerwesens anstreben zu müssen. Das Ministerium wird sofort die Rechnungsabschlüsse der Diskussion des Parlaments unterbreiten. Ein Hauptlebelstand, welcher Abhilfe erheischt, liegt in dem schlechten wirtschaftlichen Zustande, in welchem sich die italienischen Provinzen befinden. Die Vorlage, betreffend die Kirchenfreiheit, hat Zweifel rege gemacht, welche beseitigt werden müssen. Bei einer etwaigen Diskussion wäre das Ministerium im Stande, manche Aufklärung zu geben, manche Befürchtung zu beschwichtigen. Italien hat das ruhmvolle Geschick, die einzige noch zu lösende politische Frage mit der großen sozialen Frage der Beziehungen zwischen Kirche und Staat innig verbunden zu sehen. Die Regierung erwartet die Lösung des Problems von einer neuen umfassenden Anwendung der Prinzipien der Freiheit. Das Mittel dieser Anwendung wird eine neue umgestaltete Vorlage liefern können, in welcher dem Urtheil der öffentlichen Meinung Rechnung getragen wird. Die Frage der Kirchenfreiheit hängt eng zusammen mit der Frage betreffs der geistlichen Güter. Nichts liegt den Absichten des Ministeriums ferner als der Gedanke, die Bischöfe zu Schiedsrichtern über das kirchliche Vermögen zu machen, die religiösen Institutionen jeder Bürgerschaft für ihre Dauer zu berauben und den niederen Clerus der Gewalt des hohen zu überliefern. Italien bedarf einer starken Regierung. Es verlangt die Entwicklung des Nationalreichtums, es wünscht aber keine abenteuerliche Politik. Das Parlament muß daher aus Persönlichkeiten zusammengesetzt sein, welche im Stande sind, diesen Anforderungen zu entsprechen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 21. Februar. Witterung: trübe. Temperatur + 5° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen flau und niedriger, loco pr. 85pfd. gelber 81—85 R. bez., geringer do. 70—80 R. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 82 1/2, 82 R. bez., 82 1/2 R. Br. u. Ob., Mai-Juni 82 1/2, 82 R. bez. u. Br., Juni-Juli 83, 82 1/2 R. bez., 82 1/2 R. Br. u. Ob.

Koggen niedriger, pr. 200 Pfd. loco 52—55 R. bez., Februar 53 R. Br., Frühjahr 52 1/2, 52 R. bez., Br. u. Ob., Mai-Juni 52 1/2, 52 R. bez. u. Ob., Juni-Juli 52 1/2 R. Ob., Juli-August 51 1/2 R. bez., 51 1/2 R. Br. u. Ob.

Gerste loco pr. 70pfd. 46 1/2—48 1/2 R. bez., 69—70pfd. schlesische pr. Frühjahr 48 1/2 R. bez. u. Br.

Hafser loco 50pfd. 29—30 R. bez., 47—50pfd. Frühj. 30 R. Br. Erbsen, Frühjahr Futter- 56 R. Br.

Buchweizen 38—40 R. bez., Lupinen blaue 34 R. bez.

Rübsöl matt, loco 11 1/2 R. Br., 11 1/8 R. bei Kleinigkeiten bez., Februar 11 1/8 R. Br., April-Mai 11 1/8 R. bez. u. Ob., 11 1/4 R. Br., Mai 11 1/8 R. bez., September-Oktober 11 1/2 R. bez. u. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 16 1/2 R. bez., Februar 16 1/2 R. Br., Frühjahr 16 1/2, 1/2 R. bez., Mai-Juni 16 1/2 R. Br., Juni-Juli 16 1/2 R. bez. u. Br.

Hamburg, 20. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Koggen loco matt, auf Termine sehr geschäftlos, nominell unverändert. Hafser flau und leblos. Del stille, loco 25, pr. Mai 25 1/2, pr. Oktober 26 1/2. Kaffee verkauft 2000 Sack Santos loco, 2000 Sack Rio schwimmend. Zink sehr flau. — Trübes Wetter.

Amsterdam, 20. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Koggen stille, auf Termine 4 fl. niedriger. Rappsp. pr. Oktober 70. Rübsöl pr. Mai 37 1/2, pr. Oktober-Dezember 39 1/2.

London, 20. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen-Abgang schleppend zu Montagspreisen, in fremdem besch. anktes Geschäft zu wenig veränderten Preisen. Gerste und Hafser unverändert. — Schönes, mildes Wetter.